



Rheinland-Pfalz

DER LANDESWAHLLLEITER

2009

KOMMUNALWAHLEN AM 7. JUNI 2009 IN RHEINLAND-PFALZ



Schnellauswertung der Kommunalwahlen 2009
in Rheinland-Pfalz

Herausgeber:

Der Landeswahlleiter Rheinland-Pfalz

Mainzer Straße 14-16

56130 Bad Ems

Telefon: 02603 71-0

Telefax: 02603 71-4130

E-Mail: wahlen@statistik.rlp.de

Internet: www.wahlen.rlp.de

Redaktion: Büro des Landeswahlleiters

Erschienen im Juni 2009

Titelfoto: Jürgen Hammerl

© Statistisches Landesamt Rheinland-Pfalz · Bad Ems · 2009

Für nichtgewerbliche Zwecke sind Vervielfältigung und unentgeltliche Verbreitung, auch auszugsweise, mit Quellenangabe gestattet. Die Verbreitung, auch auszugsweise, über elektronische Systeme/Datenträger bedarf der vorherigen Zustimmung. Alle übrigen Rechte bleiben vorbehalten.

I. Wahlbeteiligung

1. Landesergebnis der Wahlbeteiligung seit 1989 bis 2009

2. Wahlbeteiligung nach Gebietskörperschaften seit 1989 bis 2009

II. Ergebnis der Parteien und Wählergruppen

1. Landesergebnis der Kommunalwahlen 1989 bis 2009

2. Wahlergebnisse der Parteien und Wählergruppen

III. Auswirkung des Wegfalls der Wahlzahl

IV. Anteil der ungültigen Stimmen

V. Anteil der Briefwähler

VI. Anzahl der Ratsmandate

VII. Direktwahlen ehrenamtlicher Bürgermeister nach Wahlvorschlagsträgern

I. Wahlbeteiligung

T 1

Landesergebnis der Wahlbeteiligung an den Kommunalwahlen von 1989 bis 2009
(basierend auf Stadtratswahlen der kreisfreien Städte und Kreistagswahlen)

Wahljahr	Wahlbeteiligung in %	Differenz zu 1989 in %- Punkten	Differenz zur Vorwahl in %-Punkten
1989	77,2	-	-
1994	74,1	- 3,1	- 3,1
1999	62,9	- 14,3	- 11,2
2004	57,8	- 19,4	- 5,1
2009	55,2	- 22,0	- 2,6

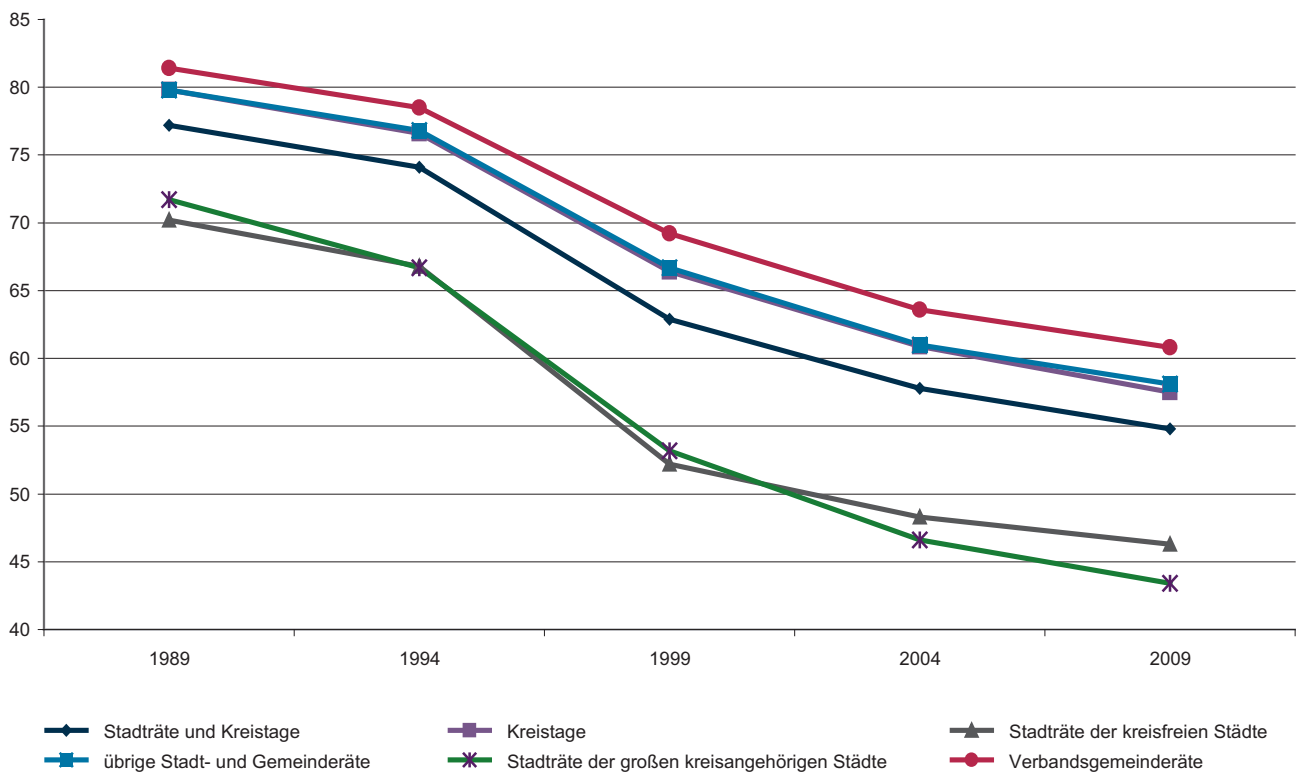
Auswertung

Seit 1989 bis 2004 ist die Wahlbeteiligung kontinuierlich gesunken. In diesem Zeitraum von 15 Jahren hat sie sich um fast 20 % verringert. Insbesondere der zwischen den Kommunalwahlen 1994 und 1999 erlittene große Verlust von über 10 % konnte nicht kompensiert werden. Bei der darauf folgenden Wahl 2004 stieg der Anteil der „Nichtwähler“ nochmals um rd. 5 %. 2004 gingen deshalb nur noch gut 58 % der Wahlberechtigten zur Wahlurne. Der Trend konnte auch bei den Kommunalwahlen 2009 nicht aufgehalten werden. Der Anteil der Wähler pendelte sich auf etwas über 55 % ein. Dies ist ein neuer Tiefstand. Immerhin konnte aber der Rückgang gegenüber der vorangegangenen Wahl mit 2,6 % leicht verringert werden.

G 1

Wahlbeteiligung nach Gebietskörperschaften seit 1989 bis 2009 (beinhaltet: Stadträte/Kreistage, Kreistage; Stadträte der kreisfreien Städte; Stadträte der großen kreisangehörigen Städte; Verbandsgemeinderäte; übrige Stadt- und Gemeinderäte)

Wahlbeteiligung bei den Kommunalwahlen
1989, 1994, 1999, 2004 und 2009 in Prozent



Auswertung

Der Rückgang der Wahlbeteiligung betrifft alle kommunalen Ebenen gleichermaßen. Die Rückgänge belaufen sich gegenüber den Kommunalwahlen 2004 zwischen 2,0 und fast 3,5 Prozentpunkten auf einem vergleichbaren Niveau. Dabei verringerte sich der Anteil der hinzugekommenen Nichtwähler auf den einzelnen Ebenen umso weniger, je geringer dort die Wahlbeteiligung bereits war. Bei den kreisfreien Städten bzw. Gemeinde- und Stadtratswahlen, die bereits eine niedrigere Wahlbeteiligung zu verzeichnen hatten, scheint möglicherweise eine Konsolidierung der Wahlbeteiligung einzutreten. Im Einzelnen:

Die kreisfreien Städte mussten ein Minus von 2 % bei einer Wahlbeteiligung im Jahr 2004 von etwas über 48 % hinnehmen. Hier gingen nur ca. 46 % der Wahlberechtigten zur Wahl. Bei den Gemeinde- und Stadtratswahlen der verbandsfreien Gemeinden fiel die Wahlbeteiligung um 2,7 % von 51 auf unter 48 %. In den Landkreisen sank die Wahlbeteiligung von knapp über 60 % auf nunmehr 57,5 %. Zu den Wahlen der Räte der großen kreisangehörigen Städte gingen 2009 43,4 % der wahlberechtigten Bevölkerung. Hier ist ein Minus von 3,2 % zu verzeichnen. Nur in den Verbandsgemeinden liegt die Wahlbeteiligung auch nach den Kommunalwahlen 2009 bei gut 60 %, etwa 2,8 % weniger als vor fünf Jahren.

II. Ergebnisse der Parteien und Wählergruppen

T 2

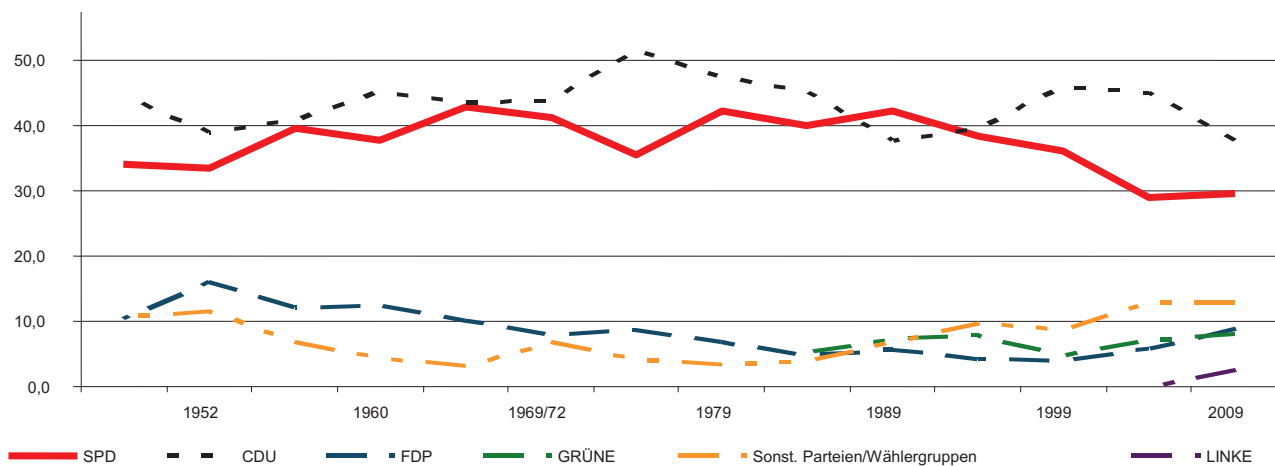
Landesergebnis der Kommunalwahlen von 1989 bis 2009
(basierend auf Stadtratswahlen der kreisfreien Städte und Kreistagswahlen)

Wahljahr	Wahlvorschläge (gewichtetes Wahlergebnis in % mit Gewinnen und Verlusten zur Vorwahl)					
	SPD	CDU	FDP	GRÜNE	Sonstige Parteien / Wählergruppen	LINKE
1989	42,2	38,8	5,8	7,3	6,9	nicht kandidiert
1994	38,4 (-3,8)	39,5 (+0,7)	4,3 (-1,5)	8,0 (+0,7)	9,8 (+2,9)	nicht kandidiert
1999	36,1 (-2,3)	46,1 (+6,6)	4,1 (-0,2)	5,0 (- 3,0)	8,7 (-1,1)	nicht kandidiert
2004	28,9 (-7,2)	45,1 (-1,0)	5,9 (+1,8)	7,1 (+2,1)	13,0 (+4,3)	0,1
2009	29,6 (+0,7)	37,7 (- 5,6)	9,0 (+3,1)	8,1 (+1,0)	13,1 (+0,1)	2,7 (+2,6)

Schnellauswertung der Kommunalwahlen 2009 in Rheinland-Pfalz

G 2

Stimmenanteile der Parteien in den Stadträten der kreisfreien Städte und Kreistagen 1948 - 2009



Auswertung

Die größten Verluste bei den Kommunalwahlen 2009 auf Landebene musste die CDU hinnehmen. Sie verlor 5,6 %. Damit erzielte sie das schlechteste Wahlergebnis der letzten 20 Jahre. Trotzdem bleibt sie aber weiterhin stärkste kommunale Kraft.

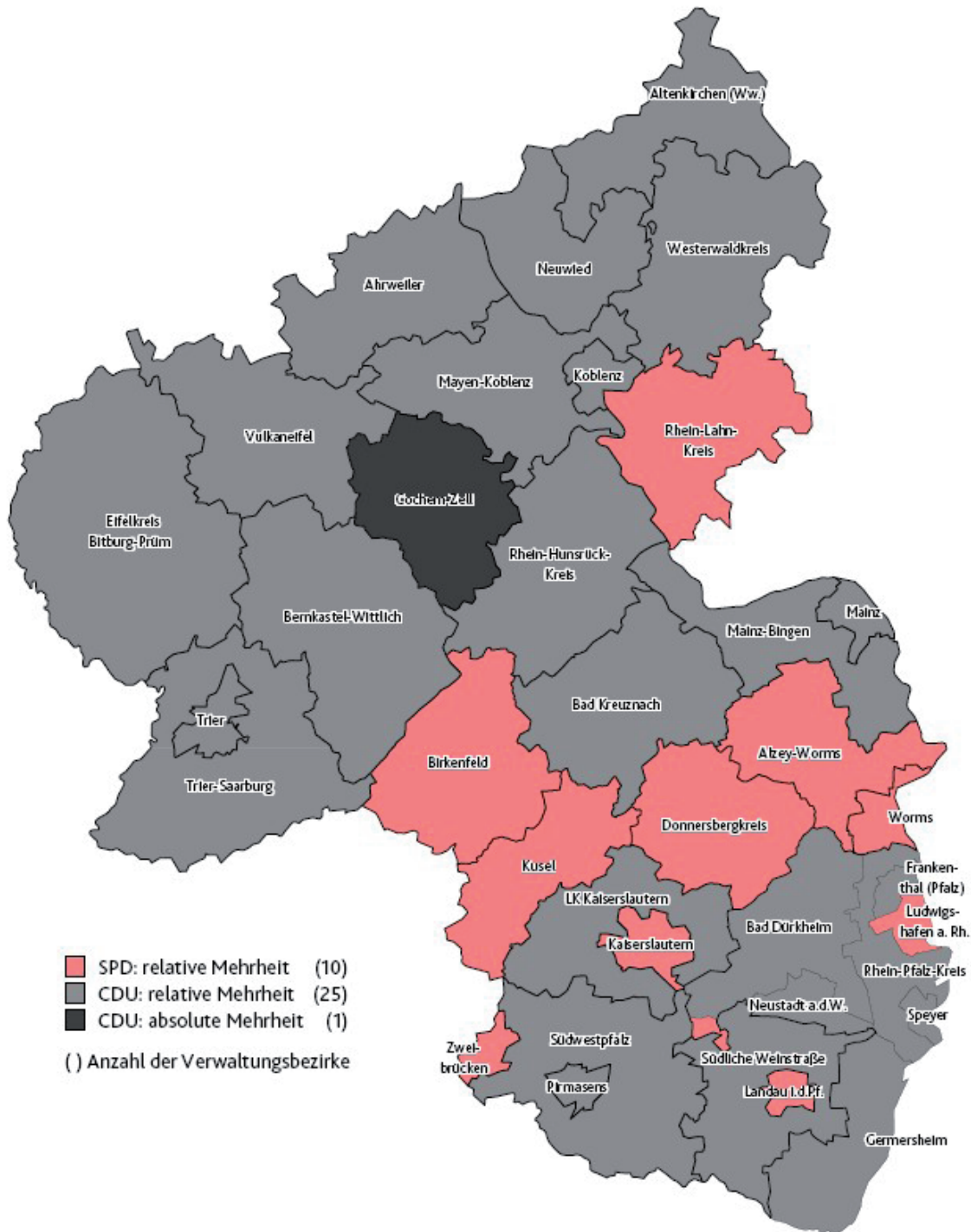
Die SPD bremste ihren Abwärtstrend bei den Kommunalwahlen. Seit 1989 konnte sie den rückläufigen Trend in ein positives Ergebnis mit 0,7 Prozentpunkten umkehren. Sie bleibt mit fast 30 % zweitstärkste Kraft.

An dritter Stelle auf kommunaler Ebene folgen die Wählergruppen. Sie erzielten landesweit 11,5 % der Stimmen. Ihr gutes Ergebnis von 2004 konnten sie damit halten (Gewinn von 0,1 %). Die höchsten Gewinne konnte die FDP mit 3,1 % erzielen. Als viertstärkste Kraft liegt sie nunmehr bei 9 %, dem besten Ergebnis seit 20 Jahren. Die danach folgende Partei „DIE GRÜNEN“ mit landesweit 8,1 % pendelt sich auch mit diesem Ergebnis zwischen 7 und 8 Prozentpunkten ein – ein Ausreißer stellen die Kommunalwahlen 1999 mit 5 % dar.

Die Partei „DIE LINKE“ erreichte 2,7 %. Die Steigerung des Stimmenergebnisses begründet sich insbesondere aus der Kandidatur in 30 Landkreisen und kreisfreien Städten. Die vormals antretende PDS trat nur in zwei kreisfreien Städten an.

Die Partei „DIE REPUBLIKANER“ konnte ihren Stimmenanteil aus dem Jahre 2004 nicht halten. Sie verlor 0,4 % und erreichte 0,9 Prozentpunkte der Stimmen. Die NPD kandidierte erstmals auf dieser Ebene und erhielt 0,4 %.

Mehrheiten bei den Stadtratswahlen der kreisfreien Städte und den Kreistagswahlen 2009



Auswertung

Wahlergebnisse der CDU in den Landkreisen und kreisfreien Städten

Die CDU hat in allen Landkreisen und kreisfreien Städten bedeutende Verluste hinnehmen müssen. Sie bewegen sich bisweilen im zweistelligen Bereich, wobei die Reduzierung in den kreisfreien Städten mit 6,9 % etwas günstiger ausfällt als in den Landkreisen mit rund 7,7 %. Die größten Verluste verzeichnete sie in den Landkreisen Vulkaneifel (-19,3 %), Eifelkreis Bitburg-Prüm (-11,9 %), Birkenfeld (-11,3 %) sowie im Landkreis Neuwied und der kreisfreien Stadt Koblenz mit jeweils -10,1 Prozentpunkten. Die verloren gegangenen Stimmenanteile sind in den Landkreisen Bad Kreuznach und dem Donnersbergkreis mit 3,0 % sowie in der kreisfreien Stadt Frankenthal mit 2,1 % moderat ausgefallen. Die CDU hat sowohl in ihren Hochburgen als auch in den Landkreisen und kreisfreien Städten, in denen sie schwächer vertreten war, durchgängig vergleichbare Verluste auszuweisen. Deshalb kann sie nur noch im Landkreis Cochem-Zell die absolute Mehrheit mit exakt 50,0 % verteidigen. Die übrigen acht absolute Mehrheiten hat sie verloren. Ihr geringerer Stimmenanteil führt auch dazu, dass sie der SPD in den kreisfreien Städten Zweibrücken, Worms, Landau in der Pfalz sowie im Landkreis Birkenfeld und im Rhein-Lahn-Kreis als stärkste Partei den Vortritt lassen muss. Ohne eine Analyse der exakten Wählerwanderung lässt sich zudem feststellen, dass die Verluste der CDU in aller Regel zu Gewinnen der FDP geführt haben. Gerade aber auch in den kreisfreien Städten wie Zweibrücken, Worms, Ludwigshafen am Rhein, Trier, Landau in der Pfalz und Pirmasens profitierte die SPD, die gegenüber dem Landesdurchschnitt erhöhte Gewinne zu verzeichnen hatte. Bei den Verlusten im zweistelligen Bereich, so in den Landkreisen Vulkaneifel, Eifelkreis Bitburg-Prüm und in der kreisfreien Stadt Koblenz konnten die Wählergruppen sehr hohe Gewinne von 9,8 % über 8,7 % bis 9,1 % verbuchen.

Wahlergebnisse der SPD in den Landkreisen und kreisfreien Städten

Bei der SPD zeigt sich ein sehr unterschiedliches Bild. In 22 Landkreisen und kreisfreien Städten konnte sie zulegen, während sie in 14 Stimmen verlor. Die Stimmengewinne bzw. -verluste verteilen sich in der Stadt mit +0,8 % und auf dem Land mit 0,7 % gleichermaßen. Die geringeren Stimmenanteile fielen relativ gemäßigt aus. Sie liegen im Eifelkreis Bitburg-Prüm, dort war die SPD bereits nicht stark vertreten, mit 2,4 % am höchsten. Danach folgen die Landkreise Kusel, Rhein-Hunsrück-Kreis, Ahrweiler, Bad Kreuznach und die kreisfreie Stadt Neustadt an der Weinstraße zwischen 1,4 und 1,0 %. Einen Ausreißer bilden die kreisfreien Städte Mainz und Koblenz. Hier muss die Partei mit 5,0 % bzw. 5,2 % die höchsten Verluste hinnehmen. Die höchsten Gewinne konnte die Partei in den kreisfreien Städten Trier (5,0%), Zweibrücken (3,9 %), Landau in der Pfalz (3,7 %) und Ludwigshafen am Rhein (3,7 %) erzielen. Aber auch in den Landkreisen Cochem-Zell (3,4 %), Südwestpfalz (3,4 %), Germersheim (3,0 %) und Neuwied (3,0 %) konnte sie ein überdurchschnittlich gutes Ergebnis erreichen.

Trotz leichterer Verluste in den Landkreisen Kusel, Alzey-Worms sowie im Donnersbergkreis ist dort die SPD weiterhin die stärkste Partei. Angesichts der Stimmenreduzierung der CDU konnte sie hier ihre Stellung ausbauen. Stärkste kommunalpolitische Kraft ist sie weiterhin in der Stadt Kaiserslautern. Hier hat sie einen geringen Gewinn zu verzeichnen. Vor allem in den kreisfreien Städten Zweibrücken, Landau in der Pfalz, Ludwigshafen am Rhein sowie Worms führten auch die Stimmengewinne dazu, die CDU auf den zweiten Platz in den Räten zu verweisen. Gleiches gelang auch im Rhein-Lahn-Kreis mit leichten Stimmengewinnen von 2,3 %. Im Landkreis Birkenfeld erreichte sie trotz eines leichten Verlustes den ersten Platz unter den Ratsparteien, weil hier die CDU kräftige Verluste erfuhr.

Die größeren Gewinne der SPD (2,4% bis 5 %) treten dann ein, wenn zum einen die CDU als auch die Wählergruppen Stimmen verlieren. Aufzuführen sind hier die Städte Trier, Zweibrücken, Landau in der Pfalz und Ludwigshafen am Rhein. Bei den Landkreisen sind dies Cochem-Zell, Südwestpfalz, Südliche Weinstraße und Neuwied. Große Verluste der CDU bedeuten aber nicht gleich ein entsprechender Stimmenzuwachs bei der SPD. Dies zeigt sich in den Landkreisen Eifelkreis Bitburg-Prüm, Ahrweiler, Birkenfeld, Vulkaneifel sowie in den kreisfreien Städten Koblenz und Mainz. Den größeren Verlusten der SPD stehen höhere Gewinne der GRÜNEN und der Wählergruppen gegenüber. Ebenso profitiert die Partei DIE LINKE davon. Beispielhaft sind hier die Städte Mainz und Koblenz aufgeführt sowie der Eifelkreis Bitburg-Prüm, der Rhein-Hunsrück-Kreis, der Landkreis Ahrweiler und der Landkreis Kusel.

Wahlergebnisse der FDP in den Landkreisen und kreisfreien Städten

Die FDP konnte in allen Städten und Landkreisen Gewinne verzeichnen. Sie liegen bei den kreisfreien Städten bei rund 2,9 % und in den Landkreisen bei 3,0 %, also in Stadt und Land ausgeglichen. In drei kreisfreien Städten (Zweibrücken: 12,5 %, Worms: 10,5 % und Mainz: 10,7 %) und 5 Landkreisen (Vulkaneifel: 10,0%, Birkenfeld: 13,8 %, Ahrweiler: 10,8 %, Bernkastel-Wittlich: 12,0 % sowie Rhein-Hunsrück-Kreis: 11,8 %) erreichte die Partei ein zweistelliges Ergebnis. Hervorgehoben gute Ergebnisse erzielte die Partei in Zweibrücken und der Vulkaneifel mit jeweils 5,4 Prozentpunkten, gefolgt von der kreisfreien Stadt Worms mit 4,7 %. Von 4,0 bis 4,5 %, also deutlich überdurchschnittlich, konnten die Liberalen in den Landkreisen Birkenfeld, Ahrweiler, Neuwied, Altenkirchen und Bernkastel-Wittlich gewinnen. Unter 2 % lagen die verbesserten Stimmenanteile in Speyer und den Landkreisen Kaiserslautern, Kusel, dem Donnersbergkreis sowie im Eifelkreis Bitburg-Prüm. In den kreisfreien Städten Zweibrücken, Worms und Mainz hat die FDP ihr gutes Ergebnis von 2004 nochmals mit überdurchschnittlichen Gewinnen ausbauen können. Das gleiche Phänomen zeigt sich zudem in den Landkreisen Birkenfeld und Bernkastel-Wittlich; ein Überraschungserfolg zeigt sich in der Vulkaneifel. Hier konnte sich die Partei von 4,6 % auf 10 % steigern. Dies lag sicherlich auch daran, dass die CDU hier die höchsten Verluste hinnehmen musste. Hier besteht auch oft ein Zusammenhang zwischen der hohen Abnahme der Zustimmung für die CDU und entsprechenden positiven Stimmenergebnissen für die FDP, so beispielsweise in den Landkreisen Birkenfeld, Ahrweiler, Neuwied und Altenkirchen. In den kreisfreien Städten ist diese Beziehung nicht in diesem Umfang feststellbar. Hier profitiert die FDP auch von den rückläufigen Ergebnissen der Wählergruppen (z. B. Städte Zweibrücken oder Worms).

Wahlergebnisse der GRÜNEN in den Landkreisen und kreisfreien Städten

Die GRÜNEN haben im Land überwiegend Gewinne erringen können. Dies betrifft vordringlich die kreisfreien Städte. Hier konnte die Partei gegenüber 2004 ihr Ergebnis um rund 1,9 % verbessern. In den Städten konnte sie auch ihre starke Stellung weiter mit über dem Landesdurchschnitt liegenden Stimmenzuwächsen verbessern und mit zweistelligen Ergebnissen in den Rat ziehen. Herauszuheben ist hier die Stadt Mainz. Aufgrund ihrer Gewinne von 7,6 % erzielt sie fast 22 % der gültigen Stimmen. In den kreisfreien Städten Speyer, Neustadt an der Weinstraße und Koblenz steigerten sich die GRÜNEN mit über dem Durchschnitt liegenden Zuwächsen zu zweistelligen Ergebnissen.

In den Landkreisen gelangen die Verbesserungen nur zu 0,6 %. Hervorzuheben sind hier die Landkreise Ahrweiler, Kusel und Mainz-Bingen mit Zuwächsen von gut 2 %. In den Landkreisen Ahrweiler und Mainz-Bingen hatten bereits 2004 die GRÜNEN mit 7,4 % und 9,2 % ein im Landesvergleich gutes Ergebnis. In den Landkreisen musste die Partei auch Verluste hinnehmen. Dazu gehören die Landkreise Bad Dürkheim, Bad Kreuznach, Kaiserslautern, Mayen-Koblenz, Neuwied und die Vulkaneifel. Bis auf Bad Kreuznach und Bad Dürkheim mit 7,2 bzw. 8,2 % der Stimmen waren die GRÜNEN 2004 bereits schwächer in den Räten aufgestellt, so dass ihre Position hier weiter rückläufig ist.

Ihre deutlicher erhöhten Stimmenanteile in den Städten Mainz, Speyer und Neustadt an der Weinstraße gehen u. a. mit Verlusten der SPD einher. Ihre Verluste in den Landkreisen lassen keine signifikante Beziehung zu den Ergebnissen der anderen Parteien erkennen.

Wahlergebnisse der Wählergruppen in den Landkreisen und kreisfreien Städten

Die Ergebnisse der Wählergruppen haben eine leicht rückläufige Tendenz. In 21 Städten und Kreisen mussten sie Verluste hinnehmen, während sie in 14 kommunalen Gebieten Stimmen hinzugewannen. Insgesamt ging ihr Stimmenanteil in den kreisfreien Städten um 0,4 % zurück, während sich in den Landkreisen Gewinne und Verluste fast ausglich. Auffallen sind die teilweise großen Differenzen zu den Vorwahlergebnissen. Die Wählergruppen konnten in den kreisfreien Städten Koblenz und Speyer mit etwas mehr als 9 % und fast 5 % stattliche Zuwächse erreichen. Dies ist darauf zurückzuführen, dass die CDU (Koblenz) und die sonstigen Parteien (Speyer) kräftig verloren. In den Landkreisen Vulkaneifel (+ 9,8 %), Eifelkreis Bitburg-Prüm (+8,8 %) und Ahrweiler (4 %) verbesserten sie ihren Stimmenteil beträchtlich. Hier hatte auch die CDU weit über dem Durchschnitt liegende Negativzahlen. Vergleichsweise bedeutend war auch der Rückgang der Stimmen in den Städten Trier und Zweibrücken mit 6,4 % bzw. 8,4 %. Hier gewannen auch die SPD, die FDP und die DIE LINKE auf vergleichbarem Niveau hinzu. Größere Verluste gab es auch im Donnersbergkreis (-3,6 %) und im Rhein-Pfalz-Kreis (- 3,2 %). Hier war auch die Stimmenabnahme der CDU unterdurchschnittlich. Insgesamt konnten die Wählergruppen in 24 Städten und Landkreisen erstmals bzw. erneut ein zweistelliges Wahlergebnis erstreiten; dies sind allerdings drei weniger als im Wahljahr 2004.

Wahlergebnisse der Partei DIE LINKE in den Landkreisen und kreisfreien Städten

Erstmals trat die Partei DIE LINKE fast flächendeckend - sie trat in Frankenthal (Pfalz), Ahrweiler, Cochem-Zell, Germersheim, Mainz-Bingen und Trier-Saarburg nicht an - zur Kommunalwahl an. Vor diesem Hintergrund sind ihre durchgängigen Stimmengewinne zu sehen. Sie verteilen sich auf Stadt und Land mit durchschnittlich 3,3 % fast gleichmäßig. Ihre stärkste Stellung erhielt sie in Kaiserslautern (+ 6,1 %) und Zweibrücken (+ 5,5 %) sowie in den Landkreisen Kusel (+ 6,6 %), Birkenfeld (+ 5,7 %), Kaiserslautern (+ 4,8 %) und im Donnersbergkreis (+ 4,6 %). Ihre größeren Stimmengewinne in den kreisfreien Städten gehen gleichzeitig mit Verlusten der Wählergruppen einher. Die höheren Verluste der SPD in Mainz und Koblenz kamen der LINKEN nicht überproportional zugute. Hier erhielt sie 3,6 bzw. 2,0 %. Ihre über dem Landesdurchschnitt erzielten Stimmenanteile zeigen bei der SPD mehrheitlich leichte (Landkreis Kusel, Birkenfeld und Donnersbergkreis) und bei den Wählergruppen (Kaiserslautern und Donnersbergkreis) überdurchschnittliche Verluste. Allerdings hat die CDU in diesen Landkreisen Kusel und Birkenfeld über dem Landesdurchschnitt verloren. Ein zweistelliges Ergebnis hat DIE LINKE auf der Ebene des Landkreises und der kreisfreien Städte nicht erzielt. In den Landkreisen Mayen-Koblenz (2,3 %), Südwestpfalz (2,0 %) und Rhein-Pfalz-Kreis (0,9 %) sowie in den kreisfreien Städten Landau in der Pfalz (1,1 %), Worms (1,4 %) und Koblenz (2,0 %) ist sie eher schwächer vertreten.

III. Auswirkung des Wegfalls der Wahlzahl

Auswertung

Mit der letzten Novellierung des Kommunalwahlgesetzes hat der Gesetzgeber die sogenannte Wahlzahl (Sperrklausel) ersatzlos gestrichen. Diese Zahl wurde auf 3,03 % bestimmt. Sie zu erreichen war notwendig, um überhaupt bei der Sitzberechnung nach dem Verfahren Hare/Niemeyer teilzunehmen. Die Wahlzahl ist nunmehr entfallen. Alle Wahlvorschlagsträger, die Stimmen erhalten haben, werden nunmehr bei der Sitzberechnung einbezogen. Dies bedeutet jedoch nicht, dass in jedem Fall alle Wahlvorschlagsträger einen Sitz zugeteilt bekommen, dies erfolgt nur dann, wenn nach dem Verfahren der mathematischen Proportion (Berechnung: (Gesamtzahl der Stimmen für einen Wahlvorschlagsträger X Ratssitze) : Gesamtzahl der gültigen Stimmen) dem Wahlvorschlagsträger zumindest ein Sitz zugeteilt wird. Im Folgenden wird nunmehr untersucht, welche Auswirkungen die Fortführung der Wahlzahl auf die Sitzverteilung hätte. Dies zeigt sich wie folgt:

In die kommunalen Vertretungskörperschaften der kreisfreien Städte, der Landkreise und der Verbandsgemeinden gelangen aufgrund des Fehlens der Wahlzahl die Partei DIE LINKE (15 mal), die NPD (7 mal), die Wählergruppen (6 mal), die REP (2 mal) und die GRÜNEN (1 mal). Die Einzelergebnisse ergeben sich aus den nachfolgenden Übersichten:

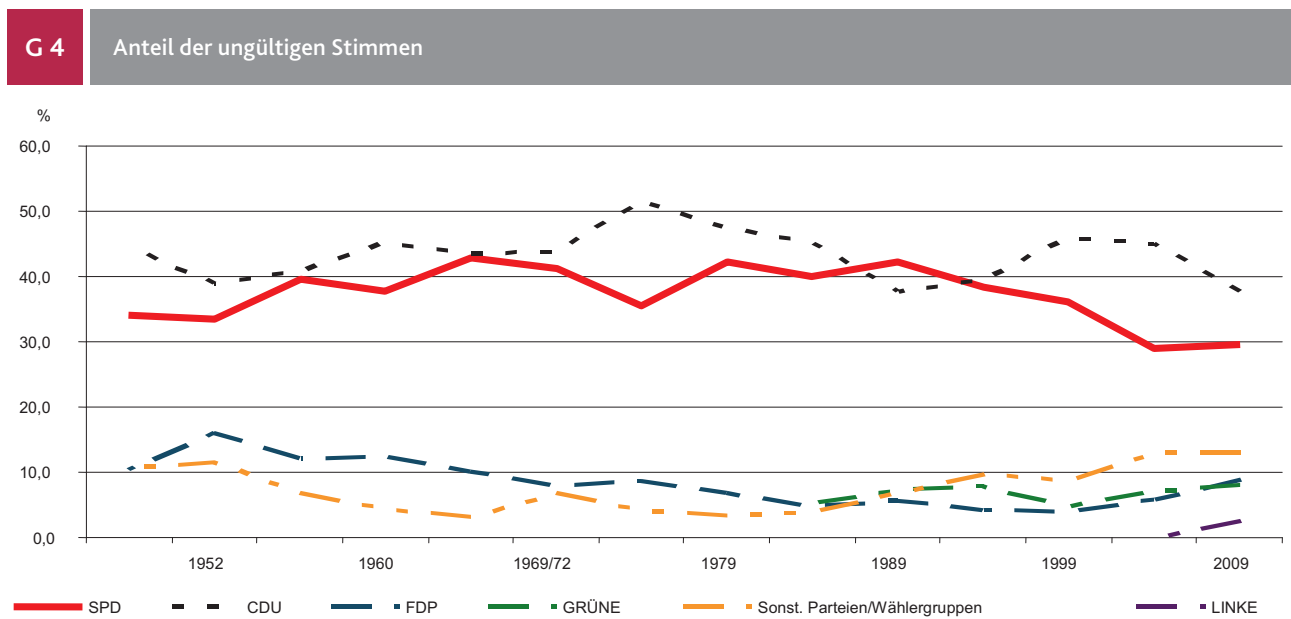
T 3

Auswirkung des Wegfalls der Wahlzahl in den kreisfreien Städten und Landkreisen

Gebietskörperschaft	Wahlvorschlagsträger Einzug wegen fehlender Wahlzahl		
	1.	2.	3.
Stadtratswahlen und Kreistagswahlen			
Kaiserslautern, St	Wählergruppe (2,6 %)		
Koblenz, St	DIE LINKE (2,0 %)		
Pirmasens, St	NPD (1,5 %)		
Speyer, St	DIE LINKE (2,8 %)		
Trier, St	NPD (1,1 %)		
Alzey-Worms, Lk	DIE LINKE (2,9 %)	NPD (2,9 %)	
Bad Dürkheim, Lk	DIE LINKE (2,9 %)	NPD (1,6 %)	REP (1,8 %)
Bernkastel-Wittlich, Lk	Wählergruppe (2,1 %)		
Eifelkreis Bitburg.Prüm	DIE LINKE (3,0 %)		
Mainz-Bingen, Lk	REP (2,3 %)		
Mayen-Koblenz, Lk	DIE LINKE (2,3 %)	Wählergruppe (1,5 %)	
Südwestpfalz, Lk	DIE LINKE (2,0 %)	NPD (2,7 %)	
Trier-Saarburg, Lk	Wählergruppe (2,1 %)		
Vulkaneifel, Lk	DIE LINKE (2,8 %)		
Westerwaldkreis	DIE LINKE (2,7 %)	NPD (1,7 %)	

Gebietskörperschaft	Wahlvorschlagsträger Einzug wegen fehlender Wahlzahl
Verbandsgemeinderatswahlen	
Bad Sobernheim, VG	DIE LINKE (2,7 %)
Dahner Felsenland, VG	NPD (2,5 %)
Heidesheim am Rhein, VG	DIE LINKE (2,4 %)
Herrstein, VG	Wählergruppe (1,8 %)
Hettenleidelheim, VG	DIE LINKE (1,7 %)
Kelberg, VG	GRÜNE (2,9 %)
Lambrecht, VG	Wählergruppe (1,7 %)
Maifeld, VG	DIE LINKE (1,9 %)
Meisenheim, VG	DIE LINKE (2,7 %)
Unkel, VG	DIE LINKE (2,3 %)

IV. Anteil der ungültigen Stimmen



Auswertung

Der Anteil der ungültigen Stimmen stellt für die Akzeptanz des rheinland-pfälzischen Wahlrechts mit seinen Möglichkeiten des Kumulierens und Panaschierens ein zu berücksichtigendes Indiz dar. Für ein fehlendes oder falsches Verständnis des Wahlsystems würde eine Vielzahl unbewusst abgegebener ungültiger Stimmen sprechen. Auch wenn die Motive für ein solches Verhalten nicht befragt werden, ist der vergleichsweise höhere Anteil der ungültigen Stimmen zu beobachten.

Erstmals bei den Kommunalwahlen 2004 lagen die ungültigen Stimmen im Landesdurchschnitt bei 4 %. Im Jahr 2009 hat sich die Anzahl der ungültigen Stimmen auf Landesebene als auch auf fast allen kommunalen Ebenen verringert. Im gesamten Land waren nur 3,6 % der Stimmen ungültig. Insbesondere bei den Kreistagswahlen ist der Rückgang der ungültigen Stimmen von 4,4 % auf 3,9 % beträchtlich. Entgegen dem Trend ist die Zahl der ungültigen Stimmen bei den Gemeinde- und Stadtratswahlen mit einer Steigerung von 0,5 % auf 3,7 % versehen. Den Gründen dafür wird nachzugehen sein. Zusammenfassend kann aber festgestellt werden, dass die große Zahl der gültigen Stimmen weiterhin für eine Akzeptanz des Wahlsystems spricht.

V. Anteil der Briefwähler

(basierend auf Ergebnissen der gleichzeitig stattfindenden Europawahl)

T 5

Anzahl der Briefwähler bei den Kommunalwahlen seit 1979

Wahljahr	Wähler insgesamt	davon Briefwähler	
	Anzahl	Anzahl	%
1979	2 130 502	214 391	10,1
1984	2 165 719	234 623	10,8
1989	2 231 456	398 568	17,9
1994	2 214 195	337 791	15,3
1999	1 925 055	375 455	19,5
2004	1 789 916	379 739	21,2
2009	1 726 377	498 996	28,9

Auswertung

Seit 1979 hat sich der Anteil der Briefwähler stetig gesteigert. Bei den Kommunalwahlen 2009 liegt er bei fast 29 %. Dies ist eine weitere erhebliche Steigerung um 7,7 % gegenüber 2004. Neben dem ebenfalls deutlichen Anstieg der Briefwähler im Jahre 1989 kann für die Kommunalwahlen 2009 u. a. die Novellierung der Kommunalwahlordnung mit dem Wegfall der Hinderungsgründe für die Teilnahme an der Urnenwahl von Bedeutung sein.

Eine rheinland-pfälzische Besonderheit für eine Zunahme der Briefwahl könnte die Mehrheitswahl (ein oder kein Wahlvorschlag) in den gut 1 300 Gemeinden darstellen. Im Rahmen der Änderung des Mehrheitswahlrechts wählen nunmehr die Wählerinnen und Wähler in den Gemeinden mit Mehrheitswahl ausschließlich mit einem amtlichen Stimmzettel. Dies war bei den früheren Wahlen anders. Ist kein Wahlvorschlag eingereicht worden, hatte die Gemeindeverwaltung den amtlichen Stimmzettel an die betreffenden Wahlberechtigten am Tag vor der Wahl zu verteilen. Lag ein Wahlvorschlag vor, konnte der Wahlvorschlagsträger einen nicht amtlichen Stimmzettel herstellen und verteilen. Einen vergleichbaren Effekt können die Wahlberechtigten herbeiführen, wenn sie die Briefwahl beantragen. In den rheinland-pfälzischen Gemeinden mit der Mehrheitswahl liegt der Anteil der Briefwähler mit 32 % über dem sonstigen Landesschnitt von 29 %, aber auch nicht signifikant darüber.

Schnellauswertung der Kommunalwahlen 2009 in Rheinland-Pfalz

VI. Anzahl der Ratsmandate

T 6

Anzahl der Mandate bei den Kommunalwahlen 1999/2004/2009

Wahlen zu den...	Wahljahr	Ins- gesamt	SPD	CDU	FDP	GRÜNE	LINKE	REP	Sonst. Parteien	Wähler- gruppen	Mehr- heitswahl
Kreistagen	2009	1.064	314	409	95	73	26	6	4	137	–
	2004	1.060	304	489	66	67	–	6	–	128	–
	1999	1.060	386	491	43	49	–	6	–	85	–
	+/- 2009/2004	4	10	-80	29	6	26	0	4	9	–
Stadträten der kreisfreien Städte	2009	596	178	205	50	62	18	11	6	66	–
	2004	592	171	248	33	52	–	18	4	66	–
	1999	592	219	275	16	38	–	7	1	36	–
	+/- 2009/2004	4	7	-43	17	10	18	-7	2	0	–
Verbandsgemeinderäten	2009	4.784	1.516	1.847	314	169	17	–	6	915	–
	2004	4.790	1.450	2.142	221	142	–	–	4	831	–
	1999	4.766	1.715	2.112	151	128	–	3	4	653	–
	+/- 2009/2004	-6	66	-295	93	27	17	–	2	84	–
Gemeinde-/Stadträten verbandsfreier Gemeinden	2009	1.110	320	416	91	85	12	4	2	180	–
	2004	1.132	319	492	57	71	–	9	–	184	–
	1999	1.126	392	499	34	46	–	5	0	150	–
	+/- 2009/2004	-22	1	-76	34	14	12	-5	2	-4	–
übrigen Gemeinde-/ Stadträten	2009	25.522	3.642	4.244	289	126	15	1	8	5.953	11.244
	2004	25.660	3.651	4.764	222	101	–	0	7	5.645	11.270
	1999	25.452	4.430	4.798	185	106	–	2	8	5.691	10.232
	+/- 2009/2004	-138	-9	-520	67	25	15	1	1	308	-26
Ortsbeiräten	2009	3.175	836	1.052	86	116	4	11	15	516	539
	2004	3.153	798	1.162	67	87	–	14	9	528	488
	1999	3.176	1.033	1.253	49	88	–	11	6	444	292
	+/- 2009/2004	22	38	-110	19	29	4	-3	6	-12	51
Mandate insgesamt	2009	36.251	6.806	8.173	925	631	92	32	41	7.767	11.783
	2004	36.387	6.693	9.297	666	521	–	47	24	7.381	11.758
	1999	36.172	8.175	9.428	478	455	–	34	19	7.059	10.524
	+/- 2009/2004	-136	113	-1.124	259	110	92	-15	17	386	25

VII. Direktwahlen ehrenamtlicher Bürgermeister nach Wahlvorschlagsträgern

T 7

Direktwahlen von ehrenamtlichen Bürgermeistern 2004 und 2009 nach Wahlvorschlagsträgern

Wahlvorschlagsträger des gewählten Bewerbers	Anzahl		Differenz
	2004	2009	
CDU	300	295	-5
SPD	252	232	-20
FDP	5	4	-1
Wählergruppen	442	485	43
Einzelbewerber	913	874	-39
Wiederholungswahlen ¹	–	29	
Wahlen durch den Rat ²	345	339	-6
Insgesamt	2257	2258	

1 In insgesamt 29 Ortsgemeinden war zur Direktwahl 2009 nur ein Wahlvorschlag eingereicht und zugelassen worden. Der jeweilige Bewerber erhielt allerdings weniger als 50 % der abgegebenen gültigen Stimmen, so dass es in diesen Fällen innerhalb der nächsten drei Monate zu einer Wiederholungswahl kommt.

2 In insgesamt 345 (2004) bzw. 339 (2009) Ortsgemeinden wurde für die Direktwahl des Ortsbürgermeisters kein Wahlvorschlag eingereicht. Die Direktwahl fand insofern nicht statt. Der Bürgermeister wird zu einem späteren Zeitpunkt von den Mitgliedern des (neuen) Gemeinderats gewählt.